

Dr. Markus Krall: Klimapolitik entlarvt – Wer profitiert wirklich?

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

In dieser Episode unseres Sonntagsformats analysieren wir die kontroversen Aspekte des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft. Dr. Markus Krall deckt die Manipulation von Klimadaten und die übertriebenen Prognosen auf, die oft als wissenschaftliche Fakten präsentiert werden. Er erklärt, warum viele Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ineffektiv und schädlich für die Umwelt und Wirtschaft sind. Wir beleuchten die Rolle der erneuerbaren Energien und deren tatsächliche Auswirkungen, einschließlich der Zerstörung von Regenwäldern und der Umweltverschmutzung durch die Produktion von Windrädern und Solarpaneelen. Freuen Sie sich auf eine kritische Diskussion über die Herausforderungen und Risiken der aktuellen Klimapolitik und alternative Perspektiven.

■ Kapitel ■■■■

00:00 – Intro

04:19 – Modellvollständigkeit, Variablen & Ergebnisse

07:31 – Globale Klimamodelle funktionieren nicht

11:12 – IPCC-Klimasimulation zeigt keinen Anstieg von CO₂

13:13 – Sonnenzyklen beeinflussen globale Temperaturschwankungen

16:23 – CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre

21:16 – Landraub aufgrund des Klimawandels

22:59 – Stürme, Todesfälle, Klimawandel & Hitzeschutz

24:19 – Klimawandel verursacht mehr Waldbrände

32:51 – Windturbinen zerstören Deutschlands Landschaft und Kultur

33:55 – Deutschlands schwache Industriegesellschaft und Umweltschäden

35:43 – Klimawandel: Lügen & Trolle

Gebrauchtwagenhandel – Ladenhüter E-Autos: „so gut wie unverkäuflich“

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

Eine Umfrage zeigt: Autohändler nehmen keine gebrauchten Elektroautos mehr in Zahlung. Sie seien „so gut wie unverkäuflich“. Um diese Fahrzeuge überhaupt vom Hof zu bekommen, müssen die Verkäufer hohe Rabatte gewähren.

Von Holger Douglas

Elektroautos entwickeln sich immer mehr zu Ladenhütern. Jetzt stellt sich heraus, dass die meisten Autohändler auch keine gebrauchten E-Autos mehr in Zahlung nehmen. Das hatte eine Umfrage des Branchenmagazins „Kfz-Betrieb“ vor einer Woche ergeben. Danach nehmen 68,7 Prozent und damit mehr als zwei Drittel der Autohändler keine gebrauchten Elektroautos in Zahlung. Für 51,1 Prozent der Befragten sind gebrauchte Elektroautos derzeit gar „so gut wie unverkäuflich“.

Um diese Fahrzeuge überhaupt vom Hof zu bekommen, müssen die Verkäufer satte Rabatte gewähren. Im Schnitt seien es 27 Prozent vom ursprünglich geplanten Verkaufspreis, wie jetzt der *Focus* berichtet.

Schlechte man die Umfrageergebnisse weiter auf, geben im Juni 2024 exakt 80,2 Prozent der Händler an, beim Verkauf von gebrauchten BEVs rote Zahlen zu schreiben. 61,1 Prozent der Autohäuser geben an, „hohe Verluste“ zu machen und immerhin 19,1 Prozent sprechen von „leichten Verlusten“.

Der *Focus* ergänzt noch einen Test des ADAC. Danach wurden drei Automodelle auf verschiedenen Ankauf-Plattformen angeboten. Während Benzin- und Diesel-PKW über dem Schätzwert verkauft werden konnten, gaben für die Stromer viele Plattformen nicht einmal ein Angebot ab – und wenn, dann nur eines deutlich unter Schätzwert.

Wer sich ein kleines Elektroauto kauft, wird es nicht mehr los, berichtete „Kfz-Betrieb“. Die Restwerte auch von kleinen E-Autos wie für Jeep Avenger PEV, MG ZS EV, Smart #1 und Co. seien „enttäuschend“. Laut Schwacke liege der Restwert eines drei Jahre alten kleinen elektrisch betriebenen SUV nur noch bei 51,5 Prozent.

Dies, obwohl es noch relativ wenige gebrauchte Elektroautos auf dem Markt gibt. Dies sollte eigentlich für bessere Preise sorgen. Wie gesagt: Kaum jemand will sie ... Das Interesse an sogenannten „jungen“ E-Modellen, die nicht älter als ein Jahr sind, soll allerdings wachsen, wie die Deutsche Automobil Treuhand (DAT) laut Anfrage von *Focus Online* wissen will. Ältere E-Modelle würden unter „hohem

Innovationsdruck“ leiden, so die Ausredeversuche, den Misserfolg zu erklären.

Doch es sieht ganz danach aus, dass die sogenannte „E-Mobilität“ an den Grenzen von der Ideologie zur Realität scheitert. Die Autohersteller produzieren die E-Autos für Halden; sie müssen dies auch tun, um den sogenannten „Flottenwert“ einzuhalten. Für den zählen jedoch nur die tatsächlich verkauften E-Autos.

Auch die zugehörigen Infrastrukturprojekte scheitern offensichtlich. Das groß angekündigte Batteriewerk des schwedischen Herstellers in Dithmarschen hat gute Chancen, zu einer Investitionsruine zu werden.

Im Augenblick häufen sich die negativen Schlagzeilen bei Northvolt; der Hersteller kämpft mit Problemen, BMW hat laut Medienberichten seine Bestellung von Batteriezellen zurückgezogen. Der Geschäftsführer des schwedischen Unternehmens hatte schon angekündigt, den „Zeitplan des internationalen Wachstums“ zu überdenken. Immerhin halten BMW und Volkswagen große Anteile an dem Unternehmen, das von ehemaligen Tesla-Managern gegründet wurde. Die *Tagesschau* wusste, dass sich Europa damit „nämlich eine Schlüsseltechnologie zur grünen Transformation“ sichert: „Der Technologiestandort Europa wird gestärkt.“

Die Fabrik sollte mit Windstrom „grün“ versorgt werden. In den vergangenen Wochen hätte allerdings die Produktion stehen müssen: kaum Wind. Das Land und Habeck verpulvern 900 Millionen Euro an Steuergeldern für die Fabrik.

Für eine Handvoll Bilder tun Scholz und Habeck zwar alles, fahren selbst an die Nordseeküste, um in der Einöde mit dem Wurfspiel „Bosseln“ statt obligatorischem Spaten in der Hand den Baubeginn einer Batteriefabrik zu feiern. Wie es dort ein paar Wochen später aussieht, interessiert sie nicht mehr sonderlich. Bisher verkünden grüne Landespolitiker in Schleswig-Holstein standhaft Durchhalteparolen. Man dürfe sich von Nachrichten nicht zu schnell irritieren lassen. Man ersetze „Nachrichten“ durch „Realität“.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

USA: Gericht versetzt

unkontrollierter bürokratischer Macht einen schweren Schlag

geschrieben von Chris Frey | 20. Juli 2024

[Bonner Cohen, Ph. D.](#)

Mit der Aufhebung eines 40 Jahre alten Präzedenzfalls, der es nicht gewählten und nicht rechenschaftspflichtigen Bundesbeamten erlaubte, mehrdeutig formulierte Gesetze nach eigenem Gutdünken auszulegen, hat der Oberste Gerichtshof einem Verwaltungsstaat einen Stoß versetzt, der sich daran gewöhnt hatte, die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung mit Füßen zu treten.

Mit dem 6 : 3-Urteil des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache Loper Bright Enterprises gegen Raimondo wurde die so genannte Chevron-Rechtsprechung über Bord geworfen, nach der die Gerichte der Auslegung unklarer Gesetzestexte durch die Bundesbehörden Folge leisten müssen, wenn die Auslegung lediglich „vernünftig“ ist. (Chevron bezieht sich auf das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1984 in der Rechtssache Chevron vs. Natural Resources Defense Council).

Durch die Abtretung einer so weitreichenden Befugnis an die ständige Bürokratie trug die Chevron-Rechtsprechung dazu bei, dass jeder, der mit den politischen Präferenzen der immer mächtigeren Bundesbehörden in Konflikt geraten war, das Nachsehen hatte. Jetzt können Bundesrichter nicht mehr von etablierten Bürokraten abhängig machen, was der Kongress bei der Ausarbeitung eines Gesetzes beabsichtigt hat; diese Entscheidung müssen die Gerichte selbst treffen.

Der Oberste Richter John Roberts, der für die Mehrheit schrieb, merkte an, dass eine Doktrin, die es Bürokraten erlaubt, solche Unterscheidungen zu treffen, „fehlgeleitet ist, weil die Behörden keine besondere Kompetenz bei der Lösung gesetzlicher Zweideutigkeiten haben. Das tun die Gerichte“.

Es stimmt auch, dass Bürokraten in Regulierungsbehörden keine unbeteiligten Parteien sind. Sie mögen zwar gesichtslos sein, aber sie haben ein Interesse daran, die Befugnisse der Behörde auszuweiten, in der sie ihre berufliche Laufbahn verbringen, und es wird ihnen schwer fallen, der Versuchung zu widerstehen, ein Gesetz so auszulegen, dass es der Behörde weitere Befugnisse verleiht. Darüber hinaus sind Personen, die sich für eine Laufbahn in einer Bundesbehörde entscheiden, wahrscheinlich ideologisch prädisponiert, Regeln und Vorschriften zu unterstützen, welche die Hand des Regulierungsstaates stärken.

Richter Clarence Thomas stimmte der Mehrheit zu und fügte hinzu, dass „Chevron dem Richter die Hände bindet und die Judikative daran hindert,

die Exekutive zu kontrollieren“.

Richter Neil Gorsuch stellte fest, dass Chevron „uns an einen seltsamen Ort geführt hat. An einen Ort, an dem ... die Waage der Gerechtigkeit systematisch zugunsten der Mächtigsten geneigt ist, an dem sich die rechtlichen Anforderungen mit jeder Wahl ändern können, auch wenn die Gesetze das nicht tun, und an dem die Menschen über ihre Rechte und Pflichten im Unklaren gelassen werden“.

Wie Gorsuch andeutet, sind die realen Folgen einer Doktrin tiefgreifend, die es den Behörden erlaubt, weite Teile des amerikanischen Lebens zu regulieren, ohne dass ihre Autorität kontrolliert wird. Die Washington Legal Foundation und das Independent Women's Law Center haben in einem Amicus-Schreiben, in dem sie ein Ende der Chevron-Defensivität fordern, den Schaden unterstrichen, den die Doktrin in der gesamten Gesellschaft angerichtet hat.

„In letzter Zeit haben die Behörden versucht, das Bundesprogramm für Studentendarlehen umzuschreiben, sie haben versucht, Vermietern die Erhebung von Mieten für ihre Immobilien zu untersagen, und sie haben Arbeitnehmer im ganzen Land gezwungen, sich impfen zu lassen“, heißt es in dem Schreiben. „Jedes Mal hat eine Regulierungsbehörde ihre gesetzlichen Befugnisse weit überschritten, weil sie sich durch Chevron ermutigt fühlte“.

Die Richterin Elena Kagan erkannte den Schlag an, den das Gerichtsurteil dem Regulierungsstaat versetzt hatte, und äußerte in ihrer abweichenden Meinung, die Mehrheit habe eine Regel der „richterlichen Demut“ durch eine der „richterlichen Hybris“ ersetzt.

„Mit einem Schlag gibt sich die Mehrheit heute selbst die alleinige Macht über jede offene Frage – egal wie fachlich oder politisch geprägt – welche die Bedeutung des Regulierungsrechts betrifft“, schrieb sie.

„Das Gericht hat sein eigenes Urteil über die Gesundheit am Arbeitsplatz an die Stelle der Occupational Health and Safety Administration gesetzt; sein eigenes Urteil über den Klimawandel an die Stelle der Environmental Protection Agency; und sein eigenes Urteil über Studentendarlehen an die Stelle des Bildungsministeriums“, fügte Kagan hinzu.

Abgesehen von den schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Fragen geht Kagan in ihren Ausführungen von der Annahme aus, dass in den Korridoren der Bundesbehörden die Weisheit des „Fachwissens“ herrscht. Die jüngsten Erfahrungen stellen dies jedoch in Frage. Von der Reaktion der Gesundheitsbehörden auf COVID-19 mit Abriegelungen, Schulschließungen und der Vorschrift, Masken und Impfstoffe zu verwenden, bis hin zu den Klimaregulierungsbehörden, die die Wahl der Haushaltsgeräte und des persönlichen Transports der Menschen bis ins kleinste Detail regeln, verlieren die „Experten“ bei einem Großteil der Öffentlichkeit schnell an Ansehen.

Das mächtige Gebäude der Chevron-Rechtsprechung wurde von einem kleinen, schleimigen Fisch zu Fall gebracht: dem Hering. Eine vom National Marine Fisheries Service erlassene Vorschrift, nach der kommerzielle Heringsfänger im Nordatlantik bis zu 700 Dollar pro Tag und Schiff für die Überwachung der Heringsfänge zahlen müssen, drohte einen Fischereibetrieb in New Jersey in den Ruin zu treiben. Die Fischer klagten mit der Begründung, die NMFS sei nicht befugt, eine solche Gebühr zu erheben. Dieses Befugnis war Chevron Deference. Ein Jahr vor der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs äußerte Richter Gorsuch seine Meinung zu Chevron: „Zu dieser späten Stunde verdient das ganze Projekt einen Grabstein, den niemand übersehen kann.“

Dieser Grabstein steht jetzt.

This article originally appeared in [DC Journal](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2024/07/11/court-deals-body-blow-to-unchecked-bureaucratic-power/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Henrik Svensmark: Understanding the cosmic ray climate link using experimental and empirical evidence

geschrieben von AR Göhring | 20. Juli 2024

16. Internationale EIKE-Klima- und Energiekonferenz, IKEK-16, 14.-15. Juni 2024, Wien.

Quantifizierung der Rolle, die die Sonne beim Klimawandel spielt. Warum glauben wir, daß es sich um kosmische Strahlung handelt, und was bedeutet das?

(Eine Übersetzung folgt. Bis dahin bitte unterm Video die deutschsprachigen Untertitel nutzen.)

Wie die Erdsonne unser Klima steuert, erklären Nir Shaviv und Henrik Svensmark, die fast zeitgleich den Svensmark-Shaviv-Folgeeffekt, wie wir ihn bei EIKE nennen, entdeckten: Kosmische Hintergrundstrahlung, Überreste von Supernovae, trifft auf die obere Atmosphäre des Planeten und erzeugt in einem komplizierten Prozess Wolkenkerne. Die Teilchenstrahlung der Erdsonne (u.a. verantwortlich für das Polarlicht)

verdrängt nun einen Teil dieser kosmischen Teilchen, was im Extremfall, nach einem Koronarausbruch, seit den 1950er Jahren als Forbush-Effekt bekannt ist. Auf diese Weise bewirkt die Sonne – je nach ihrer eigenen momentanen Strahlungsstärke – eine Abnahme der Wolkendecke, indem sie die Anzahl der für ihre Bildung benötigten Kerne verringert.

Nicola Scafetta: Impacts and risks of ‘realistic’ global warming projections for the 21st century

geschrieben von AR Göhring | 20. Juli 2024

Auswirkungen und Risiken „realistischer“ Projektionen der globalen Erwärmung für das 21. Jahrhundert

16. Internationale EIKE-Klima- und Energiekonferenz, IKEK-16, 14.-15. Juni 2024, Wien.

Nicola Scafetta befaßt sich mit den unrealistischen Klimacomputermodellen des Weltklimarates. Er stellt hier einen wissenschaftlichen Fachartikel vor, der hier abrufbar ist. Scafetta ist Geophysiker und Professor für Ozeanographie und Atmosphärenphysik an der Universität Neapel Federico II.

Hier zunächst die englische Version, die Sie auch mit Youtube-Übersetzung jetzt schon auf Deutsch sehen können (Zahnrad rechts unten im Videofenster). Unsere Übersetzung folgt!